

Berlin, 11.12.2018

Internationale Recherchekooperation unter der Leitung von CORRECTIV deckt geheime Folterstätten in der Türkei auf

Die Türkei entführt weltweit politische Gegner und verschleppt sie in türkische Gefängnisse. Mehrere Opfer geben zudem nun an, monatelang in geheimen Foltergefängnissen – sogenannte Black Sites – in der Türkei gefoltert worden zu sein. Das ergibt die Recherche #BlackSitesTurkey von neun internationalen Medien unter Leitung des gemeinnützigen Recherchezentrum CORRECTIV.

Die Enthüllung des türkischen Entführungsprogramm und der Black Sites ist nach der Recherche „The CumEx-Files“, den Enthüllungen zu Europas größtem Steuerraub im Oktober 2018, die zweite länderübergreifende Recherche unter der Koordination von CORRECTIV in weniger als zwei Monaten. „Die Themen sind heute so groß und global, dass einzelne Journalisten und einzelne Medien sie allein nicht mehr bewältigen können“, sagt CORRECTIV-Chefredakteur Oliver Schröm.

Neben den #CumExFiles gab es 2018 eine ganze Reihe von internationalen Medienkooperationen, zuletzt die #ImplantFiles zu fehlerhaften Medizinprodukten, davor #FootballLeaks und das Projekt #Daphne, bei dem Medien den Fall einer ermordeten maltesischen Journalistin weiter recherchierten, sowie #FakeScience, in dem ein Medienverbund gefälschte Forschungsarbeiten aufdeckten. „Wir erleben eine Zeitenwende im investigativen Journalismus hin zu großen internationalen Kooperationen“, sagt Oliver Schröm.

Die Medienpartner für die Kooperationsprojekte von CORRECTIV sind nicht festgeschrieben, sie ergeben sich von Fall zu Fall. So haben sich einige der Redaktionen, die zu den #CumExFiles recherchierten, auch an #BlackSitesTurkey beteiligt. Andere wie *Haaretz* und *El País* oder sind neu hinzugekommen. Aus Deutschland war diesmal das ZDF-Magazin *Frontal21* beteiligt. Das Magazin berichtet am Dienstag, 11. Dezember 2018 um 21 Uhr, über #BlackSitesTurkey, und am 12. Dezember 2018 um 19.45 Uhr auf *ZDF Info* in der Dokumentation „Die Verschleppten – Kidnapping im Auftrag Erdogans“.

Die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan geht seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 massiv gegen die Gülen-Bewegung vor. Die Regierung macht die Anhänger des Predigers Fetullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich. Dutzende türkische Staatsbürger in Ländern wie Kosovo, Gabon, Sudan, Malaysia, Republik Moldau und Aserbaidschan wurden von lokalen Sicherheitskräften unter Vorwänden festgesetzt, türkischen Sicherheitskräften übergeben und in die Türkei gebracht.

Nach den Recherchen von CORRECTIV und seiner Medienpartner wurden dabei zwei Privatjets vom Typ Bombardier Challenger eingesetzt. Offiziell gehören die Jets einer türkischen Bau- und Tourismusfirma. Die Firma residiert laut türkischem Handelsregister in Ankara, direkt neben dem

Wohncampus des türkischen Geheimdienst MIT.

Eine der beiden Challenger wurde in der jüngsten Vergangenheit zwei Mal in Deutschland von sogenannten Plane-Spottern, flugzeugbegeisterten Fotografen, gesichtet. Am 18. Februar 2017 in München, als dort die internationale Sicherheitskonferenz stattfand. Und am 27. September 2018 am Berliner Flughafen Tegel. Es war der Tag, an dem Erdoğan zu Besuch in Berlin war. Radardaten bestätigen die Flugzeugsichtungen.

Die Recherchen ergeben zudem erstmals ernstzunehmende Hinweise, dass die Türkei für ihr Vorgehen gegen die Gülen-Bewegung auch geheime Folterstätten eingerichtet hat. Zwei Gülen-Anhänger berichten unabhängig voneinander, dass sie in der Türkei mehrere Monate lang verhört und gefoltert worden seien.

Sie sagen übereinstimmend, auf offener Straße in der Türkei in dunkle Transporter gezerzt und mit einem Sack über dem Kopf in ein Geheimgefängnis gebracht worden zu sein. Ziel der Misshandlungen sei es gewesen, falsche Zeugenaussagen für Prozesse gegen Gülen-Anhänger zu erzwingen. Beide berichten, sie seien freigelassen worden, nachdem sie sich zum Schein für Aussagen als sogenannte „anonyme Zeugen“ bereit erklärt hätten. Anschließend konnten sie nach Europa fliehen.

Ein vertraulicher Bericht des Auswärtigen Amtes stützt die Angaben der beiden Zeugen: „Im Zuge der Ermittlungen gegen Beteiligte an dem Putschversuch wurden (...) Foltervorwürfe gegen die türkische Polizei und Justiz erhoben. (...) Menschenrechtsverbänden zufolge gibt es Hinweise, (...) dass die Anwendung von Gewalt und Misshandlungen nicht mehr in Polizeistationen, sondern an anderen Orten stattfinden“.

Das Entführungsprogramm der Türkei ist der Bundesregierung ebenfalls bekannt, sie sieht die Verantwortung bei den Staaten, die den türkischen Sicherheitsdiensten zuarbeiten: „In den allermeisten Fällen dürfte es sich bei den zwangsweisen Rückführungen nach Kenntnis der Bundesregierung jedoch um offizielle Maßnahmen der jeweiligen Gastländer handeln, die von türkischer Seite zwar initiiert, von dieser aber nicht eigenständig auf fremdem Staatsgebiet durchgeführt wurden“, teilt sie auf eine parlamentarische Anfrage der Linken im November 2018 mit.

Für Interviewanfragen und Rückfragen erreichen Sie uns unter:
presse@correctiv.org oder +49 30 555 780 218.